

Der palästinensische BDS-Ausschuss und die Geberkonferenz

Peter Haenger

Internationale Geldgeber haben angekündigt, für den Wiederaufbau Gazas 5,4 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen. Der Nationale Ausschuss der palästinensischen BDS-Bewegung mahnt Vorsicht an.



Die mörderische Militäroffensive der israelischen Armee in Gaza hat mehr als 2000 palästinensischen Menschen das Leben gekostet. 80 000 Häuser und Wohnungen wurden zerstört. Über 100 000 Menschen sind noch immer obdachlos. Die Hälfte der medizinischen Einrichtungen wurde schwer beschädigt. Ebenso viele Schulen sowie ein Fünftel der Industrie und Landwirtschaft sind zerstört. Eine internationale Konferenz mit Teilnehmern aus rund 90 Staaten und der UNO, die im Oktober in Kairo tagte, hat eine Wiederaufbauhilfe in Höhe von 5,4 Milliarden Dollar zugesagt. Die Europäische Union will sich mit 450 Millionen Dollar beteiligen.

Was in westlichen Medien als humanitäre Grosstat gefeiert wird, sieht der nationale Ausschuss der palästinensischen BDS-Bewegung (BNC) indes kritisch. In einer Erklärung vom Oktober 2014 verurteilt der

BNC das von der UNO vermittelte Wiederaufbauprogramm, weil es an der illegalen israelischen Blockade des Gazastreifens nichts ändere und überdies Israel in den Stand eines ökonomischen Profiteurs seiner eigenen Kriegsverbrechen versetze.

Gebergelder seien kein Ersatz für eine internationale Verurteilung Israels, hält der BNC fest. Die Blockade und die wiederholten israelischen Angriffe seien zentrale Bestandteile einer systematischen Politik, die bezwecke, den kleinen Gazastreifen vom Westjordanland zu isolieren und letztlich dessen Bevölkerung durch den Einsatz massiver Gewalt „loszuwerden“.

Der BNC erhebt die Forderung nach einem umfassenden und rechtlich bindenden militärischen Embargo gegen Israel, analog dem Embargo, das in den 1980er-Jahren gegen Apartheid-Südafrika verhängt wurde.

Eine Petition, die ein militärisches Embargo Israels fordert, wurde im Oktober 2014 lanciert und von zahlreichen Glaubensgemeinschaften und Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International, American Jews for a Just Peace und Baptist Peace Fellowship of North America, unterschrieben.

Überdies appelliert der BNC an die UNO, das IKRK und internationale NGOs, ihre Zusammenarbeit mit Israel bei der Blockade Gazas zu beenden. Denn das auf Druck der israelischen Regierung zustande gekommene Monitoring-System zur Kontrolle der Einfuhren von Baumaterialien in den Gazastreifen macht die UNO zum willentlichen Komplizen der völkerrechtswidrigen Blockade. Das neue System sieht den Einsatz von UN-Inspektoren zur Überwachung des Imports von Baumaterialien vor. Ausserdem sollen zahllose Videokameras installiert und eine Datenbank mit allen Namen von Lieferanten und Nutzern solcher Baumaterialien geschaffen werden. Israel behält sich ferner das Recht vor, bestimmte Bauvorhaben in Gaza zu stoppen, falls der Verdacht besteht, Zement könnte von der Hamas zum Wiederaufbau ihrer militärischen Infrastruktur genutzt werden.

Insbesondere weist die BNC-Erklärung auf die Tatsache hin, dass israelische Firmen zu Nutzniessern des Zerstörungswerkes ihrer Regierung und Armee werden. Palästinensische Beobachter schätzen, dass 45% der Wiederaufbauhilfe letztlich der israelischen Wirtschaft zugutekommen. Einer der grossen Profiteure ist der israelische Zementproduzent Neshet, der auf dem israelischen und palästinensischen Markt geradezu eine Monopolstellung einnimmt. Die Firma beutet Steinbrüche in den besetzten Gebieten aus und liefert Zement für den Bau illegaler jüdischer Siedlungen in Ostjerusalem und dem Westjordanland.

<http://bdsmovement.net/2014/cairo-donor-conference-palestinian-civil-society-calls-for-public-scrutiny-of-aid-and-zero-complicity-with-israeli-violations-of-international-law-12738>